Frau Schmid dankt Herrn Krämer-Mandeau von der Projektgruppe Bildung und Region für sein Kommen und übergibt das Wort an diesen. Herr Krämer-Mandeau gibt einen detaillierten Einblick in die demographischen Faktoren sowie die gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen im Schulbereich. Auf die als Anlage zum Protokoll beigefügte Präsentation wird verwiesen. Positiv hervorzuheben ist eine aktuelle Gegenbewegung beim Wegzug aus dem ländlichen Raum, die dazu führen kann, dass sich in einem Zeitpunkt in 7 bis 10 Jahren wieder Einschulungszahlen von rund 200 Schülerinnen und Schüler ergeben könnten. Ein Grund für Reduktionen im kurz- bis mittelfristigen Zeitrahmen bestehe in den geringen Einpendler- und hohen Auspendlerzahlen im Sekundarbereich I. Ferner wird über die Gründe der vergangenen Schülerzahlenrückgänge in Haupt- und Realschule informiert, welche aber auch daraus resultieren, dass es landesweit kein klares Bekenntnis zum von den Eltern favorisierten 2-gliedrigem Schulsystem gebe.
Insgesamt sieht der Gutachter insofern dringenden Handlungsbedarf, sollten die Schülerzahlen für eine ausgewogene Klassenbildung nicht mehr ausreichen. Auch das Missverhältnis zwischen Ein- und Auspendlern müsste durch Steigerung der Attraktivität des Schulstandortes Bergneustadt thematisiert werden. Herr Krämer-Mandeau plädiert aufgrund der künftigen Änderungen im Schulsystem, mit denen zu rechnen sei, den allgemeinen demographischen Entwicklungen und den Veränderungen in den umliegenden Kommunen zu einem moderierten, regional abgestimmten Schulkonsens.

Trotz der Anstrengungen in der Vergangenheit sieht BM Holberg die Einflussnahme der hiesigen Kommunalpolitik auf einige Handlungsfelder in der Schulentwicklung als begrenzt an. Insbesondere stellt sich die Frage, ob ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Kommunen beim Thema Schule noch opportun erscheint, er diagnostiziert einen Planungs- und Abstimmungsprozess eher auf einer übergeordneten Ebene.

Die Ausschussvorsitzende fasst die im vorliegenden Entwurf des Schulentwicklungsplans aufgezeigten Handlungsempfehlungen zusammen. So sei eine Stärkung zu einer 4-zügigen Sonnenschule bei gleichzeitiger Begrenzung der zwei anderen Grundschulen auf zwei Züge vonnöten. Auch Aspekte räumlicher Anpassungen, Zusammenlegungen, bessere Förderung zur Vermeidung von Rückschulungen, Stärkung der Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten und Begrenzung von Klassengrößen zur Vereinbarkeit inklusiven Lernens und des Förderns von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrundnennt sie als mögliche Handlungsfelder für Politik oder Schulen. Frau Schmid sieht den Schulentwicklungsplan als eine Grundlage für das zukünftige Arbeiten der politischen Gremien und der Verwaltung und versteht ihn als Auftrag und Appell an die Fraktionen, diesen nicht abzuheften, sondern als einen Arbeitsauftrag zur Stärkung des Schulstandortes wahrzunehmen.